

Jugend & Familie

Ausgabe Mai 2021 / Nr. 4

Arbeitsgruppe «Jugend und Familie», Postfach 4053, 8021 Zürich



Sponsorenlauf der christlichen Schule Bern vom 21. März 2021. Die Schule konnte den Zwischennutzungsvertrag für das Schulhaus Enge um ein Jahr bis Sommer 2022 verlängern, ist jedoch auf der Suche nach einem neuen und längerfristigen Schulstandort. Zurzeit werden 60 Kinder vom Kindergarten bis zur 9. Klasse in fünf Klassen unterrichtet.

Der Griff des Staats nach unseren Kindern

Viele Eltern sind beunruhigt über die Entwicklung an den öffentlichen Schulen und suchen nach Alternativen. Sie finden eine solche in christlichen Privatschulen. Zudem hat Corona den hohen Stellenwert des «Home-Schooling» aufgezeigt. Der Weg dorthin ist jedoch oft steinig.

Vor zwei Jahren – im Mai 2019 – publizierte die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) den ersten sog. «nationalen Schulvergleich» der kantonalen Volksschulen. Dabei wurden Kenntnisse in Hauptfächern untersucht – etwa die Schulsprache oder erste Fremdsprache bei den Sechstklässlern oder die Mathekenntnisse bei den Sekundarschülern. Geprüft wurden über 20'000 Schüler aus allen Kantonen, davon 30,6% mit Migrationshintergrund.

Leiden an der Volksschule

Die Resultate waren teilweise katastrophal. Etwa in Mathematik erreichten durchschnittlich bloss 62,2% der Schulabgänger das Bildungsziel. In Basel-Stadt war es nicht einmal die Hälfte (43,5%). Bei den Fremdsprachen stand es nicht viel besser. Bestätigt wurde all dies auch durch die Ergebnisse der PISA-Studie vom Dezember 2019.

Die Volksschule kostet enorm viel und eine Schulreform jagt die andere. Aber der Eifer der Bildungsbürokratie scheint sich eher in einem Verlust an Grund-

wissen der Schüler niederzuschlagen. Gleichzeitig wächst der Anspruch des Staates, mittels Schule immer tiefer in die Erziehungshoheit der Eltern einzugreifen. Dies betrifft vor allem die Vermittlung ethisch-moralischer Werte.

Staatliche Indoktrination

Ursprünglich hatte die Volksschule durchaus christliche (pietistische) Wurzeln. Es waren nämlich die Reformatoren, die in den Kirchenordnungen die Einrichtung von Schulen vorsahen. Die katholischen Gebiete zogen im 17. Jahrhundert bald nach.

1789 erkannten die französischen Revolutionäre rasch, dass die Volksschule ein idealer Ort für staatliche Indoktrination war. Anstelle christlicher Ideale wurde nun eine säkularisierte Zivilreligion gelehrt, die antikirchliche Züge trug. Selbst der vielgerühmte Johann Heinrich Pestalozzi stand im Dienst dieser Revolution und 1792 erklärte ihn die französische Nationalversammlung als einzigen Schweizer zum französischen Ehrenbürger. Nicht umsonst wurde in

20 Jahre «Fonds für christliche Privatschulen»



Liebe Leserin,
lieber Leser,

«Kinder sind eine Gabe des Herrn», heisst es in Psalm 127, 3. Und weil diese Gabe ungemein wertvoll ist, setzen wir uns dafür ein, dass die Kinder in unserem Land eine von Liebe getragene und an biblischen Grundsätzen orientierte Erziehung und Bildung erhalten sollen.

Oft sind die Voraussetzungen hierfür an den öffentlichen Schulen nicht mehr gegeben. Immer mehr Eltern suchen deshalb nach Alternativen zur Volksschule. Dabei stossen sie häufig an Grenzen – nicht zuletzt finanzieller Natur.

2001 gründeten wir deshalb unseren «Fonds für christliche Privatschulen». Wir unterstützen damit einerseits den Aufbau neuer christlicher Privatschulen, andererseits ermöglichen wir Kindern den Besuch einer solchen, wenn die Eltern dies nicht selber zahlen können. Über eine halbe Million Franken haben wir bisher für diesen Zweck ausgegeben.

Und wir möchten unsere Bemühungen noch intensivieren. Ganz herzlich bitte ich Sie deshalb um eine Spende für unseren «Schulfonds». Sie können hierfür den beiliegenden Einzahlungsschein benutzen.

Mit frohem Dank für Ihr Mittragen!

Käthi Kaufmann-Eggler
Präsidentin

der früheren kommunistischen DDR «besonders parteitreuen» Lehrkräften die «Pestalozzi-Medaille für treue Dienste» verliehen.

Schule als «säkularer» Raum

Seit der französischen Revolution hat

kaum ein totalitäres Regime darauf verzichtet, die Schulhoheit ideologisch zu instrumentalisieren. Während dies im Nationalsozialismus und im Kommunismus die entsprechenden Ideologien waren, vermittelt das heutige Volksschulsystem die Wertvorstellungen eines linksliberal geprägten Relativismus. Die verbindliche Vermittlung christlicher Werte widerspricht diesem «Toleranzmodell» und wird von den Schulbehörden tendenziell unterbunden (Schule als säkularer Raum, kein Schulgebet, keine christliche Symbolik, usw.). Unvermeidlich treten damit vom Staat definierte Ideale an die Stelle elterlicher Wertvorstellungen.

Gezielte Frühsexualisierung

Ein Beispiel ist der obligatorische «Sexualkundeunterricht». Damit wird – oft gegen alle Erziehungsvorstellungen der Eltern – jenen (Gender-)Kreisen in die Hände gespielt, die aus ideologischen Gründen die Frühsexualisierung fördern wollen.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die mit Steuergeldern des Bundesamtes für Gesundheit finanzierte, private Stiftung «Sexuelle Gesundheit Schweiz» (SGCH). Sie vermittelt den öffentlichen Schulen «Sexualkundeexpert*innen». Aus dem «Fonds für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch» werden Minderjährigen Abtreibungen finanziert, wenn die Eltern nicht zustimmen. Und über die Onlineplattform www.sexualaufklaerung-schule.ch werden «Kinder unterstützt, ein erfüllendes Sexualleben zu führen». Anvisiert wird dabei «eine frühe Sexualaufklärung, die bereits die ersten Lebensjahre mit einbezieht». Sie umfasst auch den Sexualkundeunterricht ab Kindergarten.

«Sexuelle Entfaltungsfreiheit» des Kindes?

Voraussetzung hierfür ist, schon das Kleinkind als «sexuelles Wesen» zu begreifen. Dieses müsse im intimen Bereich «gefördert» werden. Immer öfter berichten Eltern über Unterricht zu den erogenen Zonen in der ersten Primarschulklasse oder über «Kondomunterricht» bei Zweit- und Drittklässlern. In der fünften oder sechsten Primarklasse sei ihrem Kind erklärt worden, wie man sich gegenseitig stimuliert, und über Stellungen, Analverkehr und Oralverkehr gesprochen worden. Dies fördert gemäss SGCH das «Recht auf freie sexuelle Entscheidung» des Kindes und diene dem Kindwohl.

So hatte die SGCH auch nichts Klügeres zu tun, als mitten in der Covid-Pandemie im Oktober 2020 eine landesweite Kampagne zu den «positiven

Wirkungen» der Selbstbefriedigung zu lancieren. Wahrlich ein nationales Problem. Eine wichtige Rolle spielt für die SGCH auch die «Sexualpädagogik der Vielfalt», die Primarschüler zum gleichgeschlechtlichen oder transsexuellen Coming-out motivieren will.

Problematischer Wissenschaftsbegriff

Aber es geht nicht nur um Fragen der Moral, sondern es geht im öffentlichen Bildungswesen um ganz Grundsätzliches. Vor allem an den Mittelschulen wird Wissenschaft als Gegensatz zum Glauben dargestellt. Und da Vernunft und Glaube als Gegensatz verstanden werden, ist sog. «wissenschaftlicher» Unterricht zwangsläufig agnostisch, vielleicht sogar atheistisch. Jeder Glaube – auch der christliche Glaube – wird dabei zum «Aberglauben» erklärt.

Viele Eltern versuchen ihren Kindern früh den christlichen Glauben mit auf den Lebensweg zu geben. Später kämpfen sie dann dafür, dass ihre Jugendlichen diesen Glauben im öffentlichen Bildungswesen nicht verlieren. Bekennende christliche Lehrer, die in dieser kritischen Phase als Vorbild und Vermittler wirken könnten, gibt es kaum. Stattdessen werden die Kinder von strammen Feministinnen im Genderismus gedrillt. Ausgerechnet dem Genderismus, der – wohlverstanden! – mit Wissenschaft überhaupt nichts zu tun hat, sondern reine Ideologie ist.

Alternative: «Schule zuhause»

So greift der Staat immer tiefer und früher in die Erziehungshoheit der Eltern ein. Hilfesuchenden Eltern bieten sich wenige Ausweichmöglichkeiten, wie der Unterricht zuhause («Home-Schooling») oder die Privatschule.

Home-Schooling ist in der Schweiz erlaubt, jedoch unterscheiden sich die gesetzlichen Grundlagen von Kanton zu Kanton. Einen guten Überblick gibt die Website www.bildungzuhause.ch. Während des Corona-Lockdowns leistete der Verein «Bildung zuhause» vielfältige Unterstützung von Eltern, deren Kinder daheim unterrichtet wurden. Dabei entdeckten viele die Vorteile der Wertvermittlung im Elternhaus.

Die Kinder neu finden

Willi Villiger, Vereinspräsident von «Bildung zuhause», meint dazu: «Viele Familien funktionieren ja heutzutage nur noch als eine Art Hotelbetrieb: Die Jugendlichen sind dauernd auf Achse: Hohe Präsenzzeiten in der Schule, familienextern organisierte Freizeitaktivitäten und Abhängen mit der Clique bilden eine Art Familienersatz. Verschärft wird die Situation

oft durch die arbeitsbedingte Abwesenheit eines oder beider Elternteile, sodass ein eigentliches Familienleben mit einer je eigenen Familienkultur kaum mehr zustande kommt.

Die Corona-Krise hat diesem Lebensstil ein abruptes Ende gesetzt und die Familienmitglieder lernten sich plötzlich in einer ganz neuen Art kennen. Die Kinder würden plötzlich wieder «normal» und man erkannte in ihnen wieder die «eigenen Kinder», nachdem sie vorher einem ständig grösser werdenden Entfremdungsprozess ausgesetzt waren. Plötzlich ist man sich wieder nahe und merkt, dass sich das auch auf die Lernfortschritte der Kinder auswirkt.»

Alternative: Christliche Privatschule

Als weitere Alternative bietet sich eine Privatschule an. Finanziell kommt man dabei allerdings rasch ans Limit. Die Eltern werden nämlich gleich doppelt zur Kasse gebeten: So zahlen sie mit ihren Steuergeldern die öffentliche Schule (die ihre Kinder ja gar nicht besuchen) und müssen zudem die Privatschule (in den meisten Kantonen) voll aus eigener Tasche berappen. Für zusätzliche Unruhe sorgte ein Bundesgerichtsentscheid vom Juli 2020, wonach Eltern selbst im blossen Falle einer Umplatzierung ihrer Kinder in eine andere Gemeinde Schulgeld zahlen müssen.

Die «Elternlobby Schweiz» (www.elternlobby.ch) versucht dies zu ändern, scheiterte aber in verschiedenen Volksabstimmungen. In Bildungsfragen erscheint die Staatsgläubigkeit der Schweizer Bevölkerung fast unglaublich – und dies obwohl viele Länder mit der freien Schulwahl sehr gute Erfahrungen gemacht haben.

Vorantreiben möchte die «Elternlobby» nebst Privatschulen die sog. «Freien Schulen». Zwar würden diese staatlich finanziert (etwa mit einem pro-Kopf-Beitrag), die Trägerschaft wäre jedoch nichtstaatlich (Vereine, Elternvereinigungen, usw.). Das Modell kommt damit den Bildungsgutschriften relativ nahe.

Christliche Schulen mit besonderem Auftrag

Eine entscheidende Rolle spielen nach wie vor christliche Privatschulen. Für Eltern, die mit den praktischen Auswirkungen des permissiven linksliberalen Mainstreams der Volksschule kämpfen, bilden sie eine wichtige Alternative. Im Gegensatz zur Volksschule sind sie noch ein Hort, wo christliche Bildungsideale empfangen und – zusammen mit anderen Kindern – gelebt werden können. Gerade für bekennende gläubige Familien

sind christliche Privatschulen deshalb eine ideale Ergänzung zum Elternhaus.

Die Website www.christliche-schulen.ch enthält eine Liste mit christlich orientierten Schulen der Deutschschweiz. Zu finden sind dort auch die nötigen Kontaktdaten. Daneben umfasst der 2009 gegründete Verein «Initiative für christliche Bildung» (ICB) zehn freikirchliche Bekenntnisschulen (www.icbs.ch). Der ICB organisiert auch Bildungssymposien, berät Schulen und unterstützt Schulgründungsinitiativen. Auf der Website und auf Facebook bietet der Verein ICB ausgezeichnete Vernetzungsmöglichkeiten und reichhaltige Information (inkl. Stellenangebote an christlichen Schulen). *Celsa Brunner*

Kurzmeldungen

Stört Gott in der Präambel?

SP-Nationalrat Fabian Molina hat einen Vorstoss eingereicht, Gott aus der Verfassung zu tilgen. Die ersten fünf Wörter «Im Namen Gottes des Allmächtigen!» sollen gestrichen werden. Er führt dazu sowohl theologische, juristische wie auch praktische Bedenken an und fordert absolute Neutralität des Staates in religiösen Angelegenheiten. Michael Ruppen, Pastor und Leiter der Evangelischen Allianz Baden-Wettingen, konterte mit einem offenen Brief. Er legt dar, dass gerade Freiheit, Gleichheit und Solidarität, die Molina propagiert, nicht von Gottes verändernder Kraft in Geschichte und Gesellschaft abgekoppelt werden können. *(idea)*

Forderungen zur Eizellenspende

Das Abstimmungsdatum zur «Ehe für alle» ist noch nicht einmal angesetzt, geht die Salomitaktik bereits weiter. Am 17. März reichte Nationalrätin Katja Christ (GLP/BS) eine parlamentarische Initiative mit dem Titel ein: «Die Eizellenspende endlich auch in der Schweiz legalisieren!». Nach der Abstimmung über die «Ehe für alle» dürfte dann gleich auch die Forderung nach Legalisierung der Leihmutterchaft folgen. *(Jufa)*

Weniger Eheschliessungen

2020 wurden in der Schweiz nur 34'900 Ehen geschlossen. Vor allem weil Hochzeiten aufgrund des Covid-Lockdowns praktisch unmöglich oder nur schwer planbar waren, ging deren Anzahl im Vergleich zu 2019 um 10,4% zurück. Im selben Zeitraum wurden 16'100 Scheidungen ausgesprochen, was einer Abnahme um 4,7% im Vergleich zu 2019 entspricht. *(BfS)*

Vielleicht kann jemand helfen?

- **Ersatzgrosi:** Die fünffache Mutter M. aus dem Oberwallis schreibt uns: «*Meine Mutter verstorben und wo wir wohnen, bin ich ziemlich isoliert. Eine liebevolle «Ersatz-Oma /Opa» könnte uns sehr helfen beim gemeinsamen Spazieren, Backen, Kochen, Basteln, Vorlesen, usw.»* Wer hätte Freude, diese Mutter und ihre Familie kennen zu lernen?
- **Auto:** Eine Mutter aus der Stadt Zürich schreibt uns: «*Wer könnte uns gelegentlich am Wochenende ein Auto ausleihen, damit ich mit allen Kindern zwischen 3 Monaten und 12 Jahren hin und wieder einen Ausflug aus der Stadt heraus machen kann? Im OeV ist es mit fünf kleinen Kindern ziemlich schwierig...*»
- **Beratung:** Ein gläubiger Vater und Grossvater aus dem Kanton Zürich schreibt uns: «*Als alle sechs Kinder klein waren, durften wir wie durch ein Wunder in ein Haus mit Garten an einem Bach ziehen. Einige Jahre später konnten wir das Haus sogar kaufen. Inzwischen gehen bald zwölf Enkelkinder bei uns ein und aus. Aber alle Versuche, das Haus unserem Sohn zu überschreiben, der bereits mit seiner Frau und vier Kindern darin wohnt, erwiesen sich als untauglich, weil dies als Erbvorbezug gilt. Das führt mit der Hypothek zu einer doppelten Verschuldung.*» Vielleicht kennt sich jemand in Erbfragen aus und kann die Grossfamilie beraten.
- **Familienauto gesucht** (Bild rechts): Eine 9-köpfige Missionarsfamilie (Wycliffe-Schweiz) mit kleinem Budget sucht nach wie vor einen «Bus» (mind. 9 Plätze). Der alte 20jährige VW-Bus kann nicht mehr vorgeführt werden – zu viele Reparaturen. Gerne würde die Familie günstig einen Occasions-Bus kaufen, der aber noch in gutem Zustand ist. Ganz unerwartet erhielten wir in einem Couvert als Beitrag für das grosse Vorhaben bereits Fr. 3'000.-. Im Namen der Familie danken wir der anonymen Gönnerin oder dem Gönner ganz herzlich für die so grosszügige Gabe. Das Auto rückt näher....



Hinweise bitte an kaufmanns@livenet.ch oder Telefon 031 351 90 76. Vielen Dank!

Was uns besonders freute...

Nebst dem erwähnten, grossen **finanziellen Beitrag für die kinderreiche**

Missionars-Familie gingen auch mehrere Elektro-Velos, Nähmaschinen und ein **Cello** für die betreffenden Familien ein. Gleich mehrere kleine Musikanten durften wir beschenken und **gegen dreissig Müttern konnten wir eine Nähmaschine, bzw. ein Elektrovelo vermitteln.** Auch der **Lehrling sagt herzlich Danke:** Er hat das gesuchte Zimmer in der Gegend von St. Gallen nun gefunden.

Familie F. (Bild rechts) hat nach langem, vergeblichem Suchen dank Jugend und Familie **ein grosses Haus gefunden.** Sie sagt von Herzen: «Vergelt's Gott!» Und wir sagen: **Vielen, vielen Dank für jedes Mittragen!**





Übergabe der Unterschriften in Bern. Auf dem Bild von links: Anian Liebrand (Sekretär des Komitees), Käthi Kaufmann-Eggler (Jugend & Familie), Christoph Keel (Human Life International), Daniel Frischknecht (Präsident EDU), sowie die Nationalräte Jean-Luc Addor (SVP/VS), David Zuberbühler (SVP/AR), Andreas Gafner (EDU/BE) und Benjamin Roduit (CVP/VS). Ganz rechts die beiden jungverliebten Ursula Odermatt und Christian Fischlin, die die Übergabe als fröhliches Brautpaar begleiteten.

«Ehe für alle»: Referendum zustande gekommen!

Trotz erschwelter Bedingungen aufgrund der Corona-Situation gelang es uns, die nötigen Unterschriften für das Referendum zusammen zu bringen und diese am 12. April gemeinsam mit anderen Sammelorganisationen in Bern einzureichen.

Störungen bei der Übergabe

Traurig war, dass die Einreichung der Unterschriften von militanten LGBT-Gruppen massiv behindert wurde. Zum ersten Mal in der neueren Geschichte des Bundesstaates wurde damit die ungestörte Ausübung des Referendumsrechts – ein wichtiger Bestandteil der direkten Demokratie – mit Gewalt direkt gefährdet.

Erst nach einer Intervention von rund 50 Polizisten konnten wir unsere Unter-

schriften übergeben. Der Vorfall zeigt, dass viele LGBT-Gruppen zwar nach «Toleranz» rufen, aber ihre eigene Toleranz gegenüber Andersdenkenden doch sehr begrenzt ist.

Hervorragendes Resultat

Am 27. April teilte die Bundeskanzlei uns nun mit, dass das Referendum mit 61'027 gültigen Unterschriften zustande gekommen ist. Für dieses grossartige Ergebnis sind wir zutiefst dankbar!

Wir danken all unseren Freunden und Mitgliedern, die dies mit einem teilweise enormen, persönlichen Einsatz möglich gemacht haben. Das Stimmvolk kann nun über die zentrale Frage der «Ehe für alle» abstimmen.

Baldige Abstimmung: Wir müssen sofort an die Arbeit!

Die Volkabstimmung wird voraussichtlich bereits diesen Herbst stattfinden. Wir müssen deshalb daran gehen, uns unverzüglich vorzubereiten. Für die entscheidende Kampagne (Plakate, Flyer, Abstimmungszeitung) möchten wir deshalb baldmöglichst einen Referendumsfonds zu äpfen beginnen.

Wir bitten Sie deshalb ganz herzlich um einen Beitrag an unseren Abstimmungs-fonds. Entsprechende E-Banking Zahlungen können direkt auf unser Konto bei der Nidwaldner Kantonalbank gemacht werden:

IBAN: CH02 0077 9014 0157 5230 1

Konto lautend auf Arbeitsgruppe «Jugend und Familie»

Bitte Zahlungsvermerk: Referendums-fonds «NEIN zur Ehe für alle»

Gebetsanliegen des Monats:

Wir beten:

- **Für eine gläubige Innerschweizer Familie mit fünf Kindern: Die Mutter macht sich grosse Sorgen, weil der Vater «mit dem Herrgott nichts mehr anfangen kann».**
- **Für eine Aargauer Familie mit drei Kindern: Die Distanz zwischen den Eltern ist in den letzten, beengenden Monaten immer grösser geworden. Dass sie nach einer Zeit der bewussten Trennung wieder zusammenfinden.**
- **Für eine Ostschweizer Bauernfamilie mit vier Kindern, eines davon behindert: Dass die Mutter immer wieder die Kraft findet, die langen und strengen Tage zu bewältigen.**
- **Für eine alleinerziehende Mutter mit fünf Kindern im Kanton Zürich: Dass sie Kindererziehung, Haushalt und Teilzeitarbeit immer wieder zuversichtlich auf die Reihe bekommt.**

Impressum:

Erscheinungsweise: monatlich

Jahresabonnement: Fr. 20.–

Spendenkonto:

IBAN: CH02 0077 9014 0157 5230 1

Redaktion dieser Ausgabe:

Käthi Kaufmann, Bürglenstrasse 31,
3006 Bern, Tel. 031 351 90 76

E-Mail: kaufmanns@livenet.ch

www.jugendundfamilie.ch

Hilfesuche betreffend Familien in Not sind zu richten an:

Mirjam von Alvensleben, Waldastrasse 2,
9500 Wil, Telefon 061 554 91 25

Adressänderungen bitte an den Verlag:
Arbeitsgruppe «Jugend und Familie»

Postfach 4053, 8021 Zürich

Druckerei: Schmid-Fehr AG, 9403 Goldach